

geschlagen, was im Berichte unter I. enthalten ist; die Deputation empfiehlt diesen Satz zur Annahme, mit einer Abänderung, die jedoch nur die Fassung betrifft. Diese Abänderung findet sich im Berichte und es würde also der ganze zur Annahme empfohlne Satz so heißen: „daß, dafern die Sachwalter, statt der zeither üblichen ausdrücklichen Imploration um Beitreibung ihrer Deserviten, beim jedesmaligen Actenschlusse in einer Sache unter ihre Kostenliquidation den Antrag an das Gericht stellen, ihre Kosten nach deren erfolgter Feststellung zugleich mit den Gerichtskosten einzubringen, das betreffende Proceßgericht gehalten sei, bei der Einziehung seiner Kosten auch die des Sachwalters von dessen Klienten beizutreiben und an erstern auszusahlen, ohne daß dem Sachwalter deshalb einige Kosten abgefordert werden können.“ Ich kann nunmehr auf das so gestellte Deputationsgutachten die Frage richten: genehmigt die Kammer diesen Antrag der Deputation? — Einstimmig Ja. —

Referent Bürgermeister Ritterstädt fährt im Berichte fort:

### Zu II.

Ist die Deputation mit dem in diesem Antrage ausgesprochenen Hauptgrundsatz ebenfalls einverstanden.

Sie ist ferner der Meinung, daß, obschon dieser Grundsatz nach der richtigeren Ansicht als schon in den Rechten beruhend zu betrachten sein dürfte, es dennoch für zweckmäßig erkannt werden müsse, denselben noch ausdrücklich auszusprechen; weil selbiger, geschehenen Aeußerungen zufolge, zeither nicht allenthalben Anerkennung gefunden haben soll.

Mit dem letztern Theile des Antrags aber, daß nämlich bei der fraglichen Proratification zwischen Verlägen und Gebühren nicht unterschieden werden solle, hat sich die Deputation nicht zu vereinigen vermocht. Vielmehr hat es ihr angemessen erschienen, den in den Kostenrechnungen des Gerichts sowohl, wie des Advocaten, enthaltenen Verlägen, bei welchen es sich um Abwendung eines wirklichen Schadens handelt, den Vorzug vor den Gebühren einzuräumen, bei welchen bloß von Erlangung eines Gewinnes die Rede ist. Und sollte es auch zweifelhaft sein, ob ein solcher Vorzug der Verläge schon nach dem dormaligen Rechte gelte; so glaubt doch die Deputation, daß wenigstens nunmehr, wenn eine neue Bestimmung über diesen Gegenstand gegeben werden soll, dieselbe in der vorbezeichneten Maße erfolgen möchte, und es würde, wenn diese Ansicht Billigung fände, der von der zweiten Kammer, hinsichtlich dieses Punktes beschlossene Antrag dahin abzuändern sein, daß nach dem Worte:

„eintreten“

fortgefahren würde:

dabei aber zunächst auf die beiderseitigen Verläge, und dann erst auf die Gebühren, verhältnismäßige Zahlung erfolgen solle.

Vizepräsident v. Carlowitz: Wenn hierzu nichts erinnert wird, so würde auch hier die Fragestellung erfolgen können. Die Deputation tritt in der Hauptsache dem Beschlusse der zweiten Kammer bei, und ändert nur die letzten Worte an der jenseitigen Fassung. Es würde jetzt über folgenden Punkt Beschluß zu fassen sein. „Daß, wenn ein Streitender nicht im Stande sei, die Gebühren seines Sachwalters und des Proceßgerichtes auf einmal zu berichtigen, bei den von ihm geleisteten

Abschlagszahlungen eine Proratification nach Höhe der beiderseitigen aus dem Kostenverzeichnisse hervortretenden Hauptbeträge eintreten, dabei aber zunächst auf die beiderseitigen Verläge, und dann erst auf die Gebühren, verhältnismäßige Zahlung erfolgen solle.“ Ich frage: ob dieser Theil des Deputationsgutachtens die Genehmigung der Kammer finde? — Ebenfalls einstimmig Ja. —

Referent Bürgermeister Ritterstädt: Im Berichte heißt es weiter:

Was nun die Frage anlangt, ob die zu I. und II. beantragten Bestimmungen durch Gesetz oder bloß durch Verordnung zu treffen seien; so ist die Deputation der Ansicht, daß dazu, namentlich in Hinsicht auf die Patrimonialgerichte, allerdings ständische Zustimmung als erforderlich zu betrachten sei, weil dadurch privatrechtliche Verhältnisse, wenn auch nicht neu begründet, doch ausdrücklich festgestellt werden sollen. Dagegen mußte aber die Deputation sich von der Richtigkeit der ihr von dem Hrn. Justizminister gemachten Bemerkung überzeugen: daß es unzutraglich erscheine, ein förmliches Gesetz wegen dieser beiden, im Ganzen doch sehr unwichtigen, Punkte abzufassen, und der Berathung der beiden ständischen Kammern zu unterlegen; daß es vielmehr passender und zugleich vollkommen zulässig sein werde, deshalb bloß eine, den ständischen Anträgen gemäß, Verordnung zu erlassen, und darin der von der Ständeversammlung im Voraus dazu zu ertheilenden Zustimmung zu gedenken.

Die Deputation glaubt diesen Weg um so mehr empfehlen zu können, als dadurch zugleich der Antrag der zweiten Kammer beseitigt werden wird, welcher darauf gerichtet ist, das gewünschte Gesetz den Ständen noch auf gegenwärtigem Landtage vorzulegen, wodurch der letztere, dessen baldige Beendigung so sehr zu wünschen ist, doch wenigstens einige Verzögerung abermals erleiden würde.

Sie schlägt daher vor, den oberrwähnten, auf die beiden Punkte unter I. und II. sich beziehenden Antrag dahin abzuändern:

daß die hohe Staatsregierung diese beiden Vorschläge mittels Verordnung, in welcher der hierzu voraus ertheilten ständischen Zustimmung Erwähnung zu thun sein werde, baldmöglichst in Ausführung bringen wolle.

Staatsminister v. Könneritz: Das Ministerium war der Ansicht und ist noch fortwährend der Ansicht, daß es zu Anweisung der Gerichtsbehörden in dieser Weise eines Gesetzes nicht bedürfe, sondern daß sie durch Verordnung erfolgen könne, weil es eben nur eine Anweisung für die Gerichte ist, und selbst den Patrimonialgerichtsinhabern ein Nachtheil, wie die Deputation selbst anerkennt, daraus nicht erwächst. Inzwischen trägt das Ministerium, um diese Principfrage zu beseitigen, kein Bedenken, wiewohl mit dem Vorbehalt, daß hieraus in anderen Fällen keine Folgerung gezogen werden möge, kein Bedenken, sich mit dem Vorschlage der Deputation einverstanden zu erklären. Da über die Sache selbst ein Einverständnis vorwaltet, so wird sie dessen im Eingang der Verordnung erwähnen.

Bürgermeister Behner: Ich muß mich allerdings ganz der Deputation und der Ansicht des Herrn Ministers anschließen, besonders darum, weil es sich hier eigentlich bloß bei dem